

# Das Selbstbestimmungsrecht steht uns zu!

## Der Plan B aus der Krise

**MACH MIT! Wir können unsere Probleme gemeinsam lösen!**

**(Aufruf an alle Bürger, Unternehmer, Initiativen, Organisationen, Interessengemeinschaften etc.)**

Deutschland verlor in den letzten Jahren seinen Zusammenhalt. Die Wirtschaft ist krank, die Energiesicherheit ist Geschichte, die innere Sicherheit hat große Lücken. Die europäischen Nachbarn nehmen Deutschland mit seiner dümmsten Energie-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Zuwanderer- und Geschlechterpolitik gar nicht mehr ernst. Selbst der Bundesrechnungshof schlägt Alarm. Dem Staat droht Handlungsunfähigkeit, denn 90 Prozent des Bundeshaushalts seien „versteinert“ - schon für zukünftige Ausgaben fest verplant. Es drohe ein reales Staatsversagen.

Alle Zeichen deuten darauf hin, dass das Land an die Wand gefahren wird. Es scheint so, als ob es keinen Plan B für das mögliche Scheitern der Energiewende, Verkehrswende, Agrarwende, Sicherheitswende, Zuwandererwende und Geschlechterwende gibt. **Doch es gibt einen Plan B, mit dem wir die Krise überwinden können!** Wir können ihn gemeinsam aktivieren, indem wir uns gemeinsam darüber Klarheit verschaffen, wie wir in Zukunft miteinander leben wollen. Zum Aktivieren des Plans B brauchen wir:

1. in unserer Gesellschaft eine breite Diskussion über die Einstellung zum Mitmenschen, zur Umwelt und zu den ethischen Fragen des täglichen Lebens.
2. eine Entscheidung darüber, ob es weiterhin möglich sein soll, dass die Kapitalinteressen einen größeren Einfluss auf den Umgang mit unserer Welt und auf unsere Lebensbedingungen haben als die Interessen der Menschen im Lande.
3. ein Regelwerk für unser Zusammenleben, das auf einem gesellschaftlichen Konsens beruht.

Nicht nur nach dem Völkerrecht, sondern auch nach dem Grundgesetz sind wir berechtigt, unser Zusammenleben so zu gestalten, wie wir es möchten. Im Dezember 2021 hat der Bundestag erneut bestätigt, dass die deutsche Bevölkerung unverändert legitimiert ist, ihren politischen Status zu jeder Zeit frei zu bestimmen. Das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung ist neben dem Völkerrecht auch im Grundgesetz mit dem Artikel 146 verankert:

*„ Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. “*

Es wird höchste Zeit, dass wir unser Recht auf breite Diskussionen, grundlegende Entscheidungen und Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Regelwerks gemeinsam einfordern, indem wir vom Bundestag ein Ausführungsgesetz zum Artikel 146 Grundgesetz verlangen. Damit die Bevölkerung ihre volle Handlungsfreiheit behält, um ihre soziale, kulturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung laut Völkerrecht frei zu gestalten, soll der Bundestag mit dem Gesetz NUR den Ablauf des Selbstfindungsprozesses des Volkes gewährleisten. Dieses Gesetz soll regeln, dass mindestens ein Jahr lang öffentliche Debatten mit der Einbindung sämtlicher Medien und abschließend eine Abstimmung über die Ergebnisse stattfinden.

**Deutschland ist voll von zukunftsweisenden, innovativen Ideen.** Es ist an der Zeit, dass wir unsere Schatzkammer voll ausschöpfen. Deshalb: **Unterstützen Sie diese Forderung mit Ihrer Unterschrift** online (<https://innn.it/Demokratieheilen>) und auf dem beigefügten Formular. Die oben genannte Forderung wird als Brief an alle Bundestagsfraktionen im September gesandt, begleitet mit den Unterschriften aus der Online-Petition „Demokratie heilen“. **Ab dem 22. September soll jeder die ausgefüllten Unterschriftenlisten per Post direkt an den Bundestag senden. Die Aktion hat keinen Endtermin. Man kann die Unterschriften fortlaufend an den Bundestag senden.**

V. i. S. d. P. Marianne Grimmenstein, Corneliusstr. 11, 58511 Lüdenscheid

Kontakt: [kontakt@gemeinwohl-lobby.de](mailto:kontakt@gemeinwohl-lobby.de)